

Unterschriften gegen Kürzung

Bürger wollen Reduzierung der halben Pfarrstelle in Harenberg nicht hinnehmen

Keine Kürzung der Pastorenstelle der Barbara-Kirchengemeinde in Harenberg und Döteberg: Das fordern Christen aus gleich drei Kirchengemeinden im Stadtgebiet. Seit Buß- und Bettag sammeln sie bis Jahresende Unterschriften gegen das Vorhaben des Stadtkirchenverbands Hannover.

VON TREESKE HÖNEMANN

HARENBERG. Der Verband will von 2017 an – wie berichtet – die halbe Pfarrstelle in Harenberg und Döteberg (900 Gemeindeglieder) um ein Viertel reduzieren. Im Gegenzug soll die St.-Barbara-Gemeinde ein Achtel Anteil der halben Pfarrstelle der Dreieinigkeitsgemeinde in Kirchwehren (rund 900 Mitglieder) erhalten.

„Damit ist eine Gemeinde kirchlich nicht mehr angemessen zu versorgen mit Verkündigung, Taufen, Beerdigungen, Hochzeiten, Konfirmationen“, heißt es in ei-

nem Protestbrief der Gemeinden. Die Kürzung würde zur kirchlichen Verödung führen und fördere Kirchnaustritte. „498 Jahre nach der Reformation im Jahr 1517 schaffen wir uns selbst wieder ab“, steht in dem Papier.

Es liegt seit Buß- und Bettag in Harenberg, Döteberg, Kirchwehren, Lathwehren und Almhorst aus. Die Gemeinden bitten die Bürger, sich ihrem Protest anzuschließen und dies mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen. Signaturen werden auch in der Lohnder Gemeinde Zum Barmherzigen Samariter gesammelt. Sie ist zwar von der Kürzung nicht betroffen, hat sich aber solidarisch erklärt. Die drei Gemeinden arbeiten zum Beispiel bei Konfirmandenprojekten zusammen.

Die ersten Unterschriften wurden am Mittwochabend nach der Andacht in St. Barbara im Harenberger Gemeindehaus gesammelt. Als Erste trug sich die Kirchenvor-

standsvorsitzende Angela Nienburg ein. „Mit dem Stellenanteil, der uns verbleiben würde, kann man den kirchlichen Auftrag nicht erfüllen“, sagt sie. Ihr Vorstandskollege Knut Werner kritisiert, dass im Stadtkirchenverband nur

68 Prozent aller Einnahmen an die Kirchengemeinden weitergereicht werden. In anderen Kirchenkreisen seien es hingegen 90 Prozent und nur 10 Prozent würden für übergemeindliche Aufgaben einbehalten.



Jochen Günther (von links), Frauke Ludowig und Angela Nienburg tragen sich in die Unterschriftenliste ein.
Hönemann